

Außen hui und innen pfui?

GEHT'S MICH WAS AN?

Außen hui und innen pfui?

Am 20. Mai 2011 hat die Generalversammlung der Vereinten Nationen Österreich in den Menschenrechtsrat gewählt. Laut Vizekanzler und Außenminister Michael Spindelegger übernimmt Österreich damit Verantwortung für die weltweite Förderung der Menschenrechte. Österreich als internationaler Musterschüler?

Sehen wir uns an, welche Empfehlungen Österreich im Rahmen der Universellen Menschenrechtsprüfung durch den Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen angenommen hat, welche die Regierung umsetzen wird, und welche nicht.

Von den ausgesprochenen Empfehlungen bezogen sich etwa 40 Prozent auf Maßnahmen gegen Rassismus und ähnliche Formen von Diskriminierung bzw. auf den Schutz ethnischer, religiöser und sprachlicher Minderheiten. Gerade in diesem Bereich wurden jene Forderungen abgelehnt, die wirklich die Rechte von direkt von Diskriminierungen Betroffenen stärken könnten: Es wird keinen nationalen Aktionsplan gegen Rassismus geben. Laut MinisteriumsvertreterInnen «schützen Deutschkurse und Arbeitsmarktmaßnahmen ausreichend vor rassistischen Diskriminierungen».

Insofern ist es sehr schlüssig, dass die Regierung Schritte zur Verstärkung des Bewusstseins für Nichtdiskriminierung und Toleranz ebenso wie zur stärkeren Vermittlung dieser Grundsätze in den Lehrplänen ablehnt. Ebenso wenig sollen die Ressourcen der Gleichbehandlungsanwaltschaft aufgestockt werden. Das hat zur Folge, dass Menschen aus anderen Bundesländern weiterhin entweder den langen Weg in die Hauptstadt antreten müssen, um sich beraten zu lassen, oder sich so lange gedulden müssen, bis die AnwältInnen Zeit finden, um in die verschiedenen Bundesländer zu reisen.

Als positives Signal werten wir die Annahme von einigen Empfehlungen, die die Einführung eines einheitlichen Schutzniveaus für alle Diskriminierungsgründe einfordern. Die Chance, diese Empfehlung bereits zu Jahresbeginn zu erfüllen, hat das Parlament ja bereits ausgelassen. Bis zur nächsten Menschenrechtsprüfung liegen vier Jahre vor uns: Diese wird ZARA gemeinsam mit anderen NGOs nutzen, um weiterhin Menschenrechtsverletzungen aufzuzeigen, aber auch um unser Angebot an die Regierung, unsere Expertise bei der Entwicklung entsprechender Maßnahmen einzubringen, in Erinnerung zu rufen.

Barbara Liegl
www.zara.or.at

ZARA
ZIVILCOURAGE UND ANTI-RASSISMUS-ARBEIT